

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 11V Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einbindung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29

Sonnabend, den 16. Juli 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Bezug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperri:

Grabsteingeschäft Keiner, Augsburg-Pfersee. Firma Kuben & Kallberg (Müdersdorf). Die Grabsteingeschäfte Woldt & Falke, Zittau, Raue, Niederradewitz, Mühle, Großschönau. In Stuttgart sämtliche Betriebe. Firma Otto Koppe in Dobrilugk. Das Grabsteingeschäft Franz Koll in Paderborn. Firma F. Dorfner, Dietrichsdorf b. Burgstädt, Bez. Leipzig (Pflastersteinbetrieb).

Streik:

In Essen (Steinwerke Jaminet & Co. m. b. H.), die beteiligten Kollegen sind alle anderweitig untergebracht. In Strahlen (H. A. Becker, Grabsteingeschäft. Im Bunzlauer- und Heuscheuer Sandsteingebiet. In Weimar (Thür.).

Bezug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach Böhnen, Saalfeld, Rudolstadt u. Umgebung, Naumburg, Sa. Horn; Gießmünde-Wulsdorf. Ebersbacher Sandsteingebiet. Ostfriesland und Pappenburg. Osnabrück, Herbede i. W.

Erlebte Bewegungen.

Kürnberg. In der Mosaikbranche erreichten die Schleifer eine Stundenlohnzulage von 1.10 Mark.

Graßheim. (Raiffingebiet Württemberg.) Ab 17. Juni erhöht sich der Stundenlohn der Steinmetzen um 30 Pfg. Für die Brucharbeiter sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Ottum (Schwaben). Für die Trafarbeiter wurde ab 22. Juni der bisherige Stundenlohn für Leigte um 30 Pfg. und für Verheiratete um 20 Pfg. erhöht. Erstere waren im Lohn gegenüber den Verheirateten erheblich zurück. Sobald sich die Geschäftslage bessert, finden neue Lohnverhandlungen statt, und hat die Firma Erhöhungen in Aussicht gestellt.

Maintal-Sandsteingebiet (rot). Nachdem bereits eine Verhandlung am Schlichtungsausschuß und mit den Unternehmern resultatlos verlaufen war, erhöhte der Schlichtungsausschuß Abschaffung in neuerlicher Sitzung ab 5. Juli die bisherigen Löhne für Steinmetzen, je nach Klasse, um 10 bis 40 Pfg. pro Stunde. Brecher, Hoffierer und Hilfsarbeiter erhalten 20 Pfg. pro Stunde mehr. Die Altersklassen und die Bezüge der jugendlichen Steinmetzen wurden neu reguliert und erhöht. Die Lehrlingslöhne wurden der Zeit entsprechend aufgebessert. Der Schlichtungsausschuß lehnte es ab, der Arbeiterchaft einen Affordtarif aufzuzwingen, er konnte sich weder für den Sachsentarif, noch für den Mischsachsentarif aussprechen.

Der Reichsarbeitsvertrag

für die Deutschen Schotter- und Pflastersteinwerke wurde am 9. Juli erneut abgeschlossen.

Der Tarif tritt am 1. Juli 1921 in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit; er kann jedes Jahr vom 1. Januar zum 31. März gekündigt werden. Tarifkontrahenten sind wie bisher: Der Reichsverband der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie; der Zentralverband der Steinmetzen (Leipzig), der Christliche Berufsverband der Steinmetzen (Berlin), sowie der Gewerbeverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (Süß- & Dunder).

Zur Verhandlung, die am Spätnachmittag des 8. Juli im Verbandshaus der Berliner Baugeschäfte zu Berlin begann, waren ca. 26 Personen erschienen, wovon die Arbeitgeber sieben Herren stellten, die übrigen verteilten sich auf die beteiligten Arbeiterorganisationen. Unter allseitiger Zustimmung wurde die Verhandlungsgleitung Herrn Direktor Dr. Warthausen übertragen; mit dem ihm eigenen taktischen Geschick hat er dann wesentlich dazu beigetragen, daß die Verhandlungen am 9. Juli zum Abschluß gebracht werden konnten.

Als Grundlage zur Beratung wurde der alte Vertrag genommen. Trotzdem dieser bekanntlich nur einen Rahmenvertrag darstellte, der für die abzuschließenden Tarifverträge die Richtlinien in der Lohn- und Affordberechnung gibt, war die Beratung durchaus nicht einfach. Sie spitzte sich besonders in der Frage der Arbeitszeit, bei den Ferien und bei der Sicherung des Mindestlohns bei Affordarbeit.

Die Arbeitgeber in der Pflasterstein- und Schotterindustrie vertreten schon seit dem erstmaligen Abschluß im September 1919 die Auffassung, daß mit Rücksicht auf die kürzere Arbeitszeit im Winter, die Sommermonate für längere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich auszunutzen sind, so daß im Durchschnitt auf das ganze Jahr berechnet, nur täglich 8 Stunden in Frage kommen. Sie vertreten ferner die Forderung, daß die durch Witterungseinflüsse oder sonst ausfallenden Arbeitsstunden durch Ueberarbeit wieder ausgeglichen werden möchten, das heißt also Ueberstunden ohne Zuschlag leisten. Beides wurde auch in der Verhandlung eingehend behandelt, aber einmütig lehnten die Arbeitnehmervertreter hier jedes Entgegenkommen ab. Ja, die alte Fassung wurde in ihrer Form noch abgeschwächt. Wenn auch betriebsweise den Verhältnissen Rechnung getragen werden kann, so soll jedoch in einem Reichsmantelvertrag nach unserer Anschauung die Verpflichtung dazu nicht enthalten sein.

Auf den ablehnenden Standpunkt der Arbeitnehmer in dieser Angelegenheit, lehnten die Arbeitgeber nun jedes Entgegenkommen in der Ferienverlängerung ab. Jedoch wurden einige Unstimmigkeiten beseitigt und der Stichtag geregelt. Im § 11 des Vertrags heißt der 2. Absatz nunmehr:

Der Urlaub wird für das Kalenderjahr gewährt. Fällt der Eintrittstag nicht auf den 1. Januar, so wird bei der ersten Urlaubsgewährung für die zwischen dem Eintrittstage und dem 1. Januar liegende Zeit, soweit darin die dem Absatz 1 entbre-

chende Zahl von Arbeitsstunden geleistet ist, bei Wiederkehr des Eintrittstages, der der Beschäftigungszeit vor dem 1. Januar entsprechende Teil des Urlaubs gewährt. Hierbei werden Bruchteile von einem halben Tage und mehr auf einen vollen Tag aufgerundet, Bruchteile unter einem halben Tag nicht gerechnet. Das gleiche gilt für neuereintretende Arbeiter bei der ersten Urlaubsberechnung... Für die Lohnzahlung während der Urlaubszeit kommt allgemein der Normalstundenlohn in Anrechnung (§ 13). Bei der Vergütung wird jeder Urlaubstag zu 8 Stunden gerechnet.

Wird ein Arbeiter, der länger als ein Jahr im Betriebe beschäftigt ist, ohne sein Verschulden entlassen, so werden die ihm aus dem letzten Kalenderjahr nach Abs. 1 oder 2 noch zustehenden Urlaubstage bezahlt. Für jeden vollen Monat des laufenden Jahres werden 2 Stunden vergütet....

Soweit das Neuregelte in der Ferienangelegenheit, die Zahl der Tage bleibt wie im alten Vertrag. — Die Lohnsätze werden wie bisher bezirkweise geregelt. Es soll jedoch künftig in den Bezirkstarifen für die Affordarbeiter sogenannte Affordrichtlöhne und für die Zeitlohnarbeiter Normalstundenlöhne festgelegt werden. Diese Affordrichtlöhne werden den Affordarbeitern garantiert unter den Voraussetzungen, wie im alten Vertrag bereits festgelegt war.

Diese Bestimmung ist neu, hat sich im Westen sehr gut bewährt und eine allzu große Spannung zwischen den Löhnen der Affordarbeiter und den Zeitlohnarbeitern verhindert.

Das wesentliche und wichtigste aus dem Verhandlungsergebnis ist, daß nun endlich das Reichstarifamt für die deutsche Steinindustrie und die damit verbundene Fach-Schlichtungsordnung Wirklichkeit werden soll. Die Verhandlungen dazu sind zum 23. Juli in Berlin angefangen. Diese Schlichtungsordnung wird dann dem gedruckten Reichsarbeitsvertrag angefügt!

Das ist in Kürze das Verhandlungsergebnis. Den beteiligten Bezirken wird mittlerweile vom Verbandsvorstand schon das nähere festgestellt worden sein, so daß unsere Berichterstattung post festum kommt. — Das Resultat ist gewiß nicht allseitig befriedigend, aber die Teilnehmer an den Beratungen haben eingesehen, daß mehr nicht zu erzielen war. Unstimmigkeiten und Unklarheiten sind geändert; nunmehr liegt es an den einzelnen Bezirken, ihrem Bezirkstarif nach den Grundlagen und Richtlinien des Mantelvertrages den materiellen Inhalt zu geben. Wir dürfen nicht vergessen, daß Kräfte tätig waren, um das Zustandekommen des Reichsarbeitsvertrages zu hindern, das ist nun abgewehrt; aber diese einzelnen Gegner im Unternehmerlager werden trotzdem weiter beschuldigen. Ihre Abneigung durchzusetzen. Darauf haben wir uns jetzt einzustellen, und wenn es sein muß, darf einem festen Zugreifen nicht ausgewichen werden. Darum frisch ans Werk!

Die kommende Brotpreiserhöhung.

Die deutschen Gewerkschaften haben bereits vor längerer Zeit Protest eingelegt gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide, haben auf die schweren wirtschaftlichen Folgen hingewiesen, die es nach sich ziehen muß, wenn eine abermalige Teuerung des Brotes eintritt; Erhöhung der Löhne und Gehälter, also Kampf um eine weitere Verelendung abzuwehren! Der Protest hat nichts gefruchtet; die Zwangswirtschaft ist freilich nicht ganz beseitigt, aber die neue Regelung kommt dem fast gleich und damit eine ziemliche Preissteigerung des Brotes. Die Gewerkschaften stehen wieder vor schweren Aufgaben, dazu bedarf es der Geschlossenheit; kein einziger darf abseits stehen, denn es gilt, die Existenzmöglichkeit zu sichern. Steigende Teuerung steht also in nächster Aussicht, sie beginnt beim Brot und wird sich fortpflanzen auf andere Artikel.

In der Verbandszeitung des Bauereis- und Mühlenarbeiterverbandes wird über das Verhalten der Agrarier gesagt:

Das Bestreben der Agrarier ist schon lange, die Zwangswirtschaft für Getreide zu beseitigen. Nicht des Zwanges wegen, sondern weil die Zwangswirtschaft ein Hindernis ist, die Freiheit des Weltmarktpreises für Getreide zu erreichen, ungehemmt die Preise hinaufzutreiben. Ganz ist es ihnen noch nicht geglückt, aber zum guten Teil.

Die Verordnung vom 18. März 1920 hatte Mindestpreise für Getreide festgesetzt; sie waren 1000 Mark die Tonne für Roggen, 1100 Mark für Weizen. Am Schlusse des Erntejahres wurden diese Mindestpreise nach den Berechnungen der Indexkommission auf 1400 Mark für Roggen und 1500 Mark für Weizen erhöht. Die Landwirte waren verpflichtet, ihre Ernte an das Reich abzuliefern, mit Ausnahme eines ihnen überlassenen, näher fixierten Quantums. Sie fanden aber, daß im Schleichhandel viel mehr dafür erzielt wurde, und daß sich auch das Verfüttern des Getreides in Rücksicht auf die Vieh- und Fleischpreise weit mehr lohnte. So wurde auch die unzulängliche Menge an Getreide, die zur Brotverfertigung vorhanden war, um das Quantum verringert, das in unsichtbare, verbotene Kanäle abfloß. Je weniger Getreide von der Zwangswirtschaft erfaßt wurde, um so mehr mußte Auslandsgetreide zur Brotverfertigung zu Weltmarktpreisen gekauft werden. Das Reich zahlte dazu entsprechende Zuschüsse, um den Brotpreis nicht schon damals allzu hoch ansteigen zu lassen.

Die Zwangswirtschaft wurde von den Agrariern immer mehr durchlöchert; sabotiert, ist das jetzt geflügelte Wort. Zu durchgreifenden Zwangsmassnahmen hatte die Regierung nicht die Courage, und der Ernährungsminister Fernes wohl auch nicht den Willen. Ja, die Agrarier drohten mit Lieferungsstreik gegen die Zwangswirtschaft. Diese aufzuheben und die Agrarier in Preisstreikerei sich austoben zu lassen, konnte bei den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen die Regierung dann doch nicht wagen, so kam sie zu dem Umlageverfahren.

Um die jegliche Brotverteilung zu sichern, sind nach Berechnung der Reichsgetreidestelle 4,5 Millionen Tonnen Getreide notwendig. Würde die Umlage in dieser Höhe festgesetzt und durch Strafmaßnahmen insofern gesichert werden, daß die nicht abgelieferte Menge auf Kosten des zur Ablieferung Verpflichteten zum Weltmarktpreis eingekauft würde, und würde man den Getreidepreis auf der bisherigen Höhe belassen, dann bräuhete am Brotpreis nichts geändert werden. Damit war den Agrariern nicht gedient. Umlage und Preis wurden in ein Verhältnis gebracht, daß eine Verdoppelung des Brotpreises eintreten wird.

Zunächst die Umlage. Anstatt der 4,5 Millionen Tonnen Getreide, welche die Belieferung der Konsumenten wenigstens in bisherigem, wenn auch unzulänglichem Umfang ermöglichen ließe, soll die Vorlage der Regierung für das Umlageverfahren nur 3,5 Mill. Tonnen vor. Der Reichsrat strich davon noch 1/2 Million Tonnen ab, und der Reichstag auch noch 1/2 Million Tonnen. Sämtliche bürgerliche Parteien stimmten geschlossen für diesen weiteren Ab-

strich. Somit blieben nur 2 1/2 Millionen Tonnen, die durch Umlageverfahren aufgebracht werden sollen; was darüber vorhanden ist, bleibt den Produzenten zur beliebigen Verwendung.

Ueber den Preis des Getreides, das im Umlageverfahren abgeliefert werden soll, hat nun das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Vorlage unterbreitet, wonach für die Tonne Roggen 2100 Mark, Weizen 2300 Mark, Gerste 2000, Hafer 1800 M. gezahlt werden sollen. Das ist eine Erhöhung pro Tonne um 600 bis 700 Mark, also um 50 Prozent. Auf diesen Satz kam die Regierung wieder auf Grund der Berechnung der Indexkommission. Im landwirtschaftlichen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats wurde diese Vorlage gegen die Stimme eines Arbeitervertreters angenommen, desgleichen im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages gegen die Vertreter der sozialistischen Parteien.

Wie ist nun die Wirkung dieses Beschlusses? Eine Resolution der sozialistischen Parteien, daß der Reichstag die Regierung auffordern soll, „gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen sowie die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen“, weil die Loderung der Zwangswirtschaft mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise „eine außerordentliche Belastung aller Beamten, Arbeiter und Angestellten“ darstellt, wurde mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien im Ausschuß abgelehnt. Der Reichszuschuß zur Verbilligung des Brotpreises soll abgebaut werden. Die Regierung hat schon erklärt, daß eine Erhöhung des Brotpreises um 50 Prozent beschlossene sei. Somit müssen wir mit einer Erhöhung des Brotpreises (nicht ganz vier Pfund) auf 7,50 Mark rechnen, d. h. für das Brot, das aus dem Umlagegetreide hergestellt wird. Das deckt aber nur den halben Bedarf. Die andere Hälfte Brot muß hinzugekauft werden aus dem im freien Verkehr gehandelten Getreide. Dieses wird nicht unter dem Weltmarktpreis von gegenwärtig circa 4000 Mark die Tonne stehen. Der Marktwert ist aber infolge der Reparationsleistungen in letzter Zeit erheblich gesunken und sinkt noch mehr; damit steigt für uns der Weltmarktpreis in Getreide und auch der Preis für inländisches Getreide im freien Handel. Aber schon bei dem gegenwärtigen Weltmarktpreis wird uns das Brot aus dem frei gehandelten Getreide auf circa 15 Mark zu stehen kommen. Um den jetzigen Brotbedarf eines Menschen zu decken, muß er ein halbes Brot mit 3,75 Mark und ein halbes mit 7,50 Mark bezahlen, für sein bisheriges rationiertes Quantum also pro Kopf 11,25 Mark gegen 5 Mark jetzt, eine Erhöhung weit über 100 Prozent. Demgegenüber will es nichts besagen, wenn der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichsparlaments beschlossen hat, daß bis zur nächsten Ernte die Erhöhung des Brotpreises nicht 40 Prozent übersteigen darf. In der Praxis bleibt die 100 Prozent Verteuerung. Das rationierte Quantum von jetzt reicht ja für die wenigsten Menschen aus; zum höchsten Preise muß er den noch weiter notwendigen Bedarf decken, der Brotpreis verteuert sich um so mehr.

Brot ist das Nahrungsmittel, das vor allen Dingen die ärmere Bevölkerung nicht entbehren kann, welches ihr Hauptnahrungsmittel ist. Die Verteuerung des Brotes trifft die Arbeiterchaft am härtesten, weil sie mehr Brot benötigt als die Besitzenden, die sich mehr Zeit usw. leisten können; sie wirkt wie eine besondere und besonders harte Steuer, eine Kopfsteuer.

Forderung und Mahnung der Gewerkschaften an maßgebender Stelle sind unberücksichtigt geblieben, nun haben sich die Unternehmer auf die unausbleiblichen notwendigen Lohn- und Gehaltserhöhungen einzurichten, denn der Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte kann die bevorstehende Brotverteuerung und ihre weitere Auswirkung nicht auf seine Klappe nehmen, er weiß schon jetzt nicht mehr nehmen. Man redet in Unternehmerkreisen viel von Lohnabbau. Lohnreduzierungen, und ganz erhebliche, sind notwendig. Es bleibt nicht bei der Verteuerung des Brotes, eines zieht das andere nach sich. Schon gegenwärtig steht das Lohnniveau weit unter dem Preisniveau. Der Ausgleich ist nicht mehr nachzuholen, und die neuen Teuerungslasten sind zu kompensieren. Wir wissen, welchen Widerstand die Unternehmer Lohnreduzierungen entgegenstellen. Wollen wir Erfolge erzielen, wollen wir den notwendigen Ausgleich bewirken, dann heißt es: alle Kräfte anspannen. Nur geschlossene, starke Organisationen mit überzeugten und kampfgewilligen Mitgliedern können der Situation Rechnung tragen.

Gegen die Auswucherung des Volkes!

Kürzlich lasen wir in einem führenden Organ der deutschen Unternehmer, der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, daß der deutsche Arbeiter nicht mehr behaupten könne, er sei schlechter gestellt, als sein ausländischer Kollege. Die Löhne seien in Deutschland seit 1914 auf das Acht- und Zehnfache, für einzelne Berufe darüber hinaus gestiegen, während die Kosten des Lebensunterhalts nur auf das Achtfache gestiegen seien. Natürlich ist die Folgerung des Blattes, um mit dem Ausland konkurrieren zu können, daß ein Preisabbau und selbstverständlich damit verbunden ein allgemeiner Lohnabbau nötig sei.

Ueber Lohnabbau und dessen Folgen wäre an anderer Stelle zu reden. Hier soll es sich darum handeln, zu untersuchen, wieweit die Behauptungen des Unternehmerblattes bezüglich der Lohnhöhe und der Kosten des Lebensunterhalts für Deutschland zutreffend sind. Und da kommen wir angesichts unserer tagtäglichen Beobachtungen und Erfahrungen zu ganz anderen Schlüssen, als das Unternehmerblatt.

Zugegeben, daß die Angaben des Blattes über das Anschwellen der Löhne seit 1914 zutreffend sind, obwohl die angegebene Höhe vor allem in ihrer Verallgemeinerung bei weitem nicht an den Stand der Wirklichkeit heranreicht. Aber womit in aller Welt will dieses Unternehmerorgan die Behauptung stützen, daß die Kosten des Lebensunterhalts nur um das Achtfache gestiegen seien! Lehrt uns die tagtägliche Erfahrung nicht etwas anderes? Gibt es denn überhaupt in Deutschland noch irgend etwas, dessen Preis „nur“ um das Achtfache gestiegen ist?

Man gibt uns Margarine, man gibt uns Speck und Schmalz billiger als vor Jahresfrist. Außerdem sind die geradezu wahnwitzigen Preise für Hülsenfrüchte und auch manche Bekleidungsstücke etwas heruntergegangen. Das ist aber auch alles! Und wir sehen, daß die Preise für das Allernotwendigste im proletarischen Haushalt, für Kartoffeln und Brot, immer höher getrieben werden, und daß vor allem der Brotpreis in nächster Zeit auf mindestens 7,50 M. steigen und den 15- bis 30fachen Preis der Vorkriegszeit erreichen wird. Der Preis für Kartoffeln jedoch schnellste im Frühjahr für alte auf das 25fache, für neue ausländische auf das 40fache, für inländische auf das 25fache herauf. Ganz zu schweigen von den Mehl- und Gemüsepreisen, die gleichfalls eine stetig steigende Tendenz aufweisen. Und wie steht es mit dem Fleisch und der Wurst? Hier beträgt heute der Preis rund das

Zwanzigfache gegenüber 1914, und wenn man die „verbilligte“ Margarine, den „billigen“ Speck und das „wohlfeile“ Schmalz in Betracht zieht, so ergibt sich, daß auch hier heute noch die Verteuerung gegenüber der Vorkriegszeit das zehn- bis fünfzehnfache ausmacht. Beim Obst haben wir erst in diesem Frühjahr gesehen, daß der Bucher z. B. bei den Kirchen geradezu aufreizend wirken mußte, anstatt 10 und 15 Pf., die man in der Vorkriegszeit für das Pfund Kirchen ausgab, wurden frech anfänglich 6 Mark (also das 40-60fache) verlangt, erst später senkte sich der Preis auf das 15-20fache.

Und wie auf dem Lebensmittelmarkt, so auch auf dem Gebiet der Kleidungs- und Wirtschaftsgüter. Möbel kosten heute durchweg das Fünfzehnfache der früheren Zeiten, und das ist noch gar nicht hoch, eher zu niedrig gegriffen, denn eine Kücheneinrichtung z. B., die früher 80 M. kostete, kostet heute 1500 M. Und auf dem Bekleidungsgebiet hat wohl die trasse Forderung etwas nachgelassen, aber immerhin ist gar nicht daran zu denken, für das Nechtfache des Friedenspreises die gleiche Qualität oder Quantität an Kleidungsstücken kaufen zu können. Ein gutes Hemd, das früher 3.50 Mark kostete, kostet heute immer noch 60-70 Mark, also das Zwanzigfache, und ein minderwertiger Anzug, den man früher für 30 Mark im Konfektionsladen erhalten konnte, kostet auch heute noch 500-600 M.

Es würde zu weit führen, wenn wir dieses Preisthema völlig erschöpfend behandeln wollten. Jedenfalls steht für jeden, der beobachten kann, ohne weiteres fest, daß für alle Nahrungsmittel, für alle Bedarfsgegenstände die Preise weit höher als auf dem Achtfachen des Vorkriegspreises stehen, und daß man mit dem Durchschnittsanfang des sechzehnfachen der Wirklichkeit näher kommt. Das heißt aber mit anderen Worten: Die Lebenshaltung der breiten Massen hat sich, da Lohnhöhe und Preishöhe wie 8 zu 16 stehen, gegenüber der Vorkriegszeit um 50 Prozent verschlechtert!

Und da kommen wir auch auf die Spur der hohen Gewinne in der Landwirtschaft und Industrie, bei letzterer erkenntlich an den vielfach rapid hohen Dividenden der Aktienunternehmen! Nach der jedenfalls unanfechtbaren Behauptung der Unternehmerorgane ist der Lohn gegenüber 1914 um das Nechtfache gestiegen. Arbeitslöhne werden bei jeder Arbeit jedoch nur einmal gezahlt, folglich müßte, falls die Unternehmer und Zwischenhändler nicht höhere Gewinne als früher einstecken wollten, auch jede Ware nur um das Nechtfache teurer sein. Diese These mag für manche Industrien nicht ganz zutreffen, soweit sie nämlich bei Bezug von Rohstoffen oder Halbfabrikaten vom Ausland abhängig sind und diese Stoffe teurer als zum achtfachen Preis einkaufen müssen. Aber allgemein sehen wir auch bei den Industrien, die vom Auslandsbezug gar nicht abhängen und ihre Rohstoffe im Lande produzieren, die gleichen hohen Preise wie überall. Wir erinnern nur an das große Gebiet der Bauindustrie, der Baustoffe, der Bierbrauerei, der Brennstoffe, der keramischen Industrie, der Möbelfabrikation u. a. Hier weichen die Preise von denen der anderen nicht um ein Jota ab. Ganz zu schweigen von der Landwirtschaft, die heute noch den alten Grund und Boden aus der Urväterzeit beackert, wo also der Pflanzgewinn sich noch mehr als in der Industrie, äußern muß. Für jeden, der rechnen kann, ergibt sich aus diesen kurzen Andeutungen, daß das Kapital heute mit verhältnismäßig weit höheren Gewinnen als 1914 arbeitet, was ihre Vertreter aber nicht abhält, in der Hauptfrage nach Lohnabbau und weniger nach Preisabbau zu schreien.

Und da kommen wir zu der großen Frage: Wo stehen denn eigentlich die Schieber und Wucherer, die das deutsche Volk ausplündern? Was in letzter Zeit billiger geworden ist, das sind Waren, die uns das Ausland liefert. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, suchen krampfhaft die alten hohen Preise zu halten. Und daraus ergibt sich, daß die größten Großhändler und Schieber im eigenen Lande sitzen, daß es in der Hauptsache die eigenen Landleute sind, die heute wie früher den breiten Massen das Fell über die Ohren ziehen, die sich schon wieder mit frecher Stirn auf den offenen Markt stellen und über die „Begehrtheit der Massen“ räsonnieren. Die breiten Massen, deren Glend aus allen Rellerschern zum Himmel stinkt und die nur ihr Glend nicht so merken, weil sie ja vor Jahren zu noch größeren Entbehrungen gezwungen waren ...

Hier kann nur eines helfen: Wir müssen aufdecken, wie verbrecherisch das Kapital-, Schieber- und Händlerum an den breiten Volksmassen handelt, wie es über Leichen geht und diesen Weg bis in alle Ewigkeit fortsetzen möchte. Wir müssen mit der ganzen Gewerkschaftsmacht, die uns zur Verfügung steht, allen wucherischen Anschlägen auf Volkswohl und Volksgesundheit entgegenzutreten, mit der Kraft unserer Organisation mühsam Errungenes zu halten und das Errungene zu verbessern suchen. Nur auf diese Weise dienen wir unseren Interessen und dem Volkswohl am besten und zugleich erfüllen wir eine hohe sittliche Pflicht, wir schützen unser Volk vor bölliger Ausbeutung und Verarmung.

Und nicht vergessen wollen wir, daß die endliche Erlösung aus der Kapitalausbeutung nur der Sozialismus bringen kann. Nur er befreit endgültig von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Ziele sind also borgezeichnet. Und planvolle Agitation und die immer mehr um sich greifende Aufklärung der Massen wird uns diesem Ziel immer mehr nähern und schließlich unser Trachten und Sehnen verwirklichen!

Eine absichtlich falsche Darstellung.

In der Abendausgabe vom 30. Juni der „Roten Fahne“ war unter „Gewerkschaftliches“ folgendes zu lesen:

Neue Fortschritte auf dem Gebiete der Lungendiagnostik.

Nach der weiten Verbreitung, die von jeher die Lungentuberkulose in Mitteleuropa gehabt hat, müßte man glauben können, daß die sichere Erkennung dieser Erkrankung das höchste Maß von Ausbildung erfahren hat. Und um so eher müßte man das annehmen, als mit der allgemeinen Feststellung, daß eine Lungentuberkulose vorliegt, verhältnismäßig wenig anzufangen ist und zur Beurteilung der einzuschlagenden Heilmethode sowie des weiteren Krankheitsverlaufes weitere Feststellungen nötig sind über die Ausdehnung des Prozesses und über den Charakter der Erkrankung; es ist ja nicht so, daß eine Lungentuberkulose wie die andere verläuft; unter dem gemeinsamen Krankheitsbild der Lungentuberkulose, des Befallenseins des Lungengewebes durch den Tuberkelbazillus verborgen sich ganz verschiedene Krankheitsbilder; es gibt besonders gutartige und besonders bösartige Lungentuberkulosen; in manchen Fällen schmilzt das Lungengewebe unter dem vernichtenden Einfluß des Tuberkelbazillus unaufhörlich zusammen und führt schnell zum Tode, in anderen Fällen zeigt die Erkrankung ohne jede äußere Einwirkung Geneigtheit zur Ausheilung. In der Hauptsache stütze sich die Feststellung der Tuberkulose von jeher auf die sogenannten klinischen Untersuchungsmethoden, d. h. im wesentlichen auf die Feststellung des Atemgeräusches und des Klopfchalles über den Lungen. Im letzteren Falle versuchte man festzustellen, ob irgendwo an der Lunge Verdichtungen vorhanden waren, die den bei gesunden Menschen durch das lufthaltige Lungengewebe hellen Klopfchall dämpfen, im ersteren, ob das normale Atemgeräusch irgendwelche Veränderungen erlitten hat, insbesondere ob Nebengeräusche vorhanden waren, die erfahrungsgemäß bei der Lungentuberkulose aufzutreten pflegen. Es ist vergänglich, daß diese beiden Untersuchungsmethoden recht ungenaue Grundlagen zur Beurteilung bieten, denn sowohl Schallverfälschungen als auch Veränderungen des Atemgeräusches konnten auch durch andere Erkrankungen bedingt sein, so daß eine Lungentuberkulose fälschlich angenommen wurde. Tatsächlich kam dieses auch häufig vor und auch jetzt sind die Irrtümer in dieser Hinsicht nicht selten, selbst wenn man selbstverständlich das Gesamtbild des Kranken, seinen Kräfte- und Ernährungszustand, seine Temperatur usw. mitberücksichtigt. Man war deshalb recht froh, als man mit dem Nachweis des Tuberkelbazillus im Auswurf mit Sicherheit das Vorhandensein einer

Raeplows gelehrige Schüler.

Hungerpeitsche gegen Kommunisten.

Wie weit sich die Gewerkschaftsbureauftraten in ihrem Haß gegen die Kommunisten verliehen haben, zeigt ihr Verhalten bei den Verhandlungen des Lohnamtes für das Baugewerbe in Sachsen am 23. Juni in Leipzig. Bei den Verhandlungen, wo die Lohnfrage der Hausarbeiter Sachsens scheidlich und friedlich geregelt werden sollte, kam es zu einem Zwischenfall, der so richtig die Borniertheit der Raepplows beleuchtet.

Bekanntlich sind die Chemnitzer Bauarbeiter von den Unternehmern ausgesperrt und hatten zu den Verhandlungen vor dem Lohnamt den Kollegen Graupner als Vertreter delegiert. Die Gauleiter Jakob, Leipzig und Richter, Dresden, verlangten, daß Graupner nicht an den Verhandlungen teilnehmen darf. Das Lohnamt entschied, daß Graupner als Gast den Verhandlungen beiwohnen könne. Das war aber den Verbandsbureauftraten immer noch zu gefährlich und sie forderten weiter, daß dann Graupner nicht sprechen dürfe. Um die Unterfützung der Unternehmer für diesen Antrag zu bekommen, erklärte Richter: „Kommunisten hätten hier nichts zu suchen, denn für die Chemnitzer kommt der Tarif gar nicht in Frage, sie stehen nicht auf dem Boden des Tarifvertrages.“ In gemeinsamer Front mit den Unternehmern wurde dann dem Vertreter von 3000 Chemnitzer Bauarbeitern erklärt: daß er als Gast den Verhandlungen beiwohnen darf, aber auf keinen Fall das Wort erhalten werde. Damit war es natürlich dem Genossen Graupner unmöglich gemacht, seine Kollegen so zu vertreten, wie es notwendig ist. Er nahm daher an der Sitzung überhaupt nicht teil. Das Lohnamt konnte nun ganz unter sich tagen und über die Köpfe von zwei Drittel der im Kampf stehenden Bauarbeiter irgendeinen Beschluß fassen.

Die Unternehmer in Chemnitz, die mit der Tatsache zu rechnen haben, daß sie mit ihrem direkten Gegner in Leipzig gar nicht verhandelt hätten, haben zwei Tage später ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß es zu diesem Zwischenfall in Leipzig gekommen ist. Diese Entschuldigung bedeutet zwar nur eine Höflichkeitsphrasen, zeigt aber, daß die Unternehmer sehr wohl wissen, daß sie mit denen zu rechnen haben, die gegen sie im Kampfe stehen. Die gegenseitige Unterfützung der Raeplows und der Unternehmer hat also keinem etwas genützt.

Daß man die Bauarbeiter in Verhandlungsangelegenheiten mundtot zu machen sucht, ist durch die Praxis bewiesen. Daß man aber glaubt, Bauarbeiter, die man aus dem Verband ausgeschlossen hat, damit als Machtfaktoren aus dem Wirtschaftsleben entfernt zu haben, grenzt an Unfinn. Wir sind nur darauf gespannt, wie lange noch die deutschen Bauarbeiter den Unflug dieser sogenannten Arbeitervertreter dulden werden, Kommunisten erst auszuschließen und sie dann als „Unorganisierte“ beschimpfen und rechtlos machen zu wollen.

Soweit sich Vorstehendes auf den Vorgang vor dem Leipziger Lohnamt stützt, ist es eine böllig falsche Wiedergabe, wahrscheinlich nur zu dem Zweck, um den verhassten „Gewerkschaftsbureauftraten“ den täglich fälligen Hieb zu versetzen. Als unparteiischer Zeitschrift in der betreffenden Verhandlung kann ich nur sagen, daß der „Zwischenfall“ sich wie folgt abgewickelt hat:

1. Beim Eintritt in die Verhandlungen wurde von einem Arbeitnehmervertreter (Richter, Dresden, nicht Jakob, Leipzig) die Frage aufgeworfen, ob es zulässig sei, daß Arbeitervertreter anwesend seien, die außerhalb der Bauarbeiterorganisation stehen und als Tarifkontrahent nicht beteiligt sind. Das Wort Kommunist ist von ihm nicht gebraucht worden, auch sonst von keinem der in der Sache Sprechenden.

2. Nachdem sich zwei Chemnitzer Vertreter für die Zulassung ausgesprochen, darunter auch Graupner in einer recht klauen Weise, zogen sich die Zeitschrift zurück. Der Vorsitzende gab dann nach kurzer Beratung folgendes bekannt:

„Der Chemnitzer Vertreter kann, wenn von keiner Seite Widerspruch erfolgt, an den Verhandlungen teilnehmen, und zwar als Gast, lediglich zur Information.“

3. Kein Arbeitnehmervertreter der Bauarbeiter erhob dagegen Widerspruch, nur die Arbeitgeber durch ihren Wortführer Herr Noack. Erst daraufhin mußte der Chemnitzer Bauarbeiter, der die Sonderorganisation vertrat, die Sitzung verlassen. Er ist also nicht, wie es sich nach Darstellung in der „Roten Fahne“ so unentwegt ausnimmt, freiwillig gegangen, weil er nicht reden durfte, sondern wegen des Widerspruchs der Arbeitgeber gegen die Zulassung.

Der Vorgang selbst ist eine durchaus logische Abwicklung, die nicht zum erstenmal im Organisations- und Verhandlungsleben sich in dieser Form abgepielt hat. Man vergleiche nun die beiden Darstellungen miteinander und vergesse dabei nicht die Ueberschrift, wie sie die „Rote Fahne“ zu dem Fall gewährt hat, dann ist der Zweck jedem klar! Zur Herabsetzung der Gewerkschaftsvertreter wird aus jeder Blüte Honig gesaugt und in der Blütenauswahl durchaus nicht wählerisch verfahren. Mit dem Wunde wollen die Kommunisten die „Einheitsfront“, bei jeder Gelegenheit wird es betont, doch mit Händen und Füßen versuchen sie im selben Augenblick das noch vorhandene einheitliche Zusammentrampeln. Dabei verstehen sie es wirklich meisterhaft, sich immer als die Unschuldigen hinzustellen, auf ein paar Unwahrheiten mehr kommt es ihnen nicht an. Auch der vorstehende Fall, der nur einer ist aus den vielen, die wir tagtäglich sich abspielen sehen, ist nicht geeignet, für gemeinsames Wirken einzutreten. Mit Unwahrheit und blindwütigem Haß kann man wohl vorübergehend täuschen, auch Erfolge erzielen, aber dauernd sich darauf stützen oder gar eine Bewegung darauf aufbauen ist nicht gut möglich.

Herm. Siebold.

Der Kampf um die 10 Forderungen des ADGB.

Im Verfolg der Verhandlungen über die zehn Forderungen des ADGB, fand am 28. Juni im Reichsarbeitsamt eine größere Konferenz zwischen den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und der Reichsämter unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Braun statt. Zugezogen war auch, da vor allem Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit in Groß-Berlin zur Beratung standen, das Landesarbeitsamt, die Berliner Gewerkschaftskommission und die Stadt Berlin. Der Vertreter des Arbeitsministeriums wies auf den Ernst der Erwerbslosenfrage hin. Trotz der neuerlichen Senkung der Arbeitslohnzahl um ungefähr 40 000, weist der Mai noch 358 000 unterfützte Erwerbslose aus, ohne die erheblich höhere Zahl der Nichtunterfützung und der Kurzarbeiter. Die produktive Erwerbslofenfürsorge konnte bisher in 7000 Fällen mit einem Aufwand von 500 Millionen Mark an Zuschüssen für rund 250 000 Erwerbslose vorübergehend Arbeit schaffen. Dazu wird die Umschulung besonders gefährdeter Fachgruppen betrieben. Jetzt handelt es sich darum, die Staatsaufträge mit einem Jahresumfang von 24 bis 30 Milliarden Mark organischer in den Dienst der Aufgabe zu stellen.

Leipart (ADGB.) kritisierte die bisher böllig ungenügenden Maßnahmen. Die zehn Forderungen müssen durchgeführt werden. Die Arbeiter sind bereit, das schwere Opfer der Kurzarbeit auf sich zu nehmen, wenn Regierung und Unternehmer ein gleiches tun. Verkennen letztere diese unerläßliche Notwendigkeit, so kann nur gesetzlicher Zwang helfen. Die zu vergebenden öffentlichen Arbeiten müssen Notstandsarbeiten sein, die den Unternehmergewinn begrenzen und die Kurzarbeit durchführen.

Der Vertreter des Verkehrsministers verweist auf die außerordentliche Steigerung der beschleunigt herausgegebenen Aufträge. Wenn damit auch die für 1921 verfügbaren Mittel fast erschöpft seien, soll bereits in kurzer Frist ein Teil der für 1922 vorgesehenen Aufträge vergeben werden. Es wird auf die Möglichkeiten verwiesen, durch großzügige Meliorationen, Kanal- und Straßenbauten Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Belegung des Baumarcktes durch Vergabe größerer öffentlicher Mittel muß durchgeführt werden. Dabei wurde darauf verwiesen, daß infolge starke Abwanderung von Bauarbeitern in die Industrie in einigen Bezirken bereits ein Mangel an Bauarbeitern besteht, wie auch sonst ein sehr störender Mangel an bestimmten Facharbeitern, z. B. Kesselschmiedern usw. oft die Durchführung der Kurzarbeit technisch erschwert. Hieraus erwächst (auch den Gewerkschaften) die Pflicht, die Umschulung entsprechender Arbeiterkategorien energischer zu betreiben. Auch bei den Regierungsvertretern war die Auffassung, daß alles getan werden müsse und solle, um das Arbeitslosenproblems Herr zu werden. Die Verhandlungen betrafen in erster Linie die besondere Notlage im Berliner Wirtschaftsgebiet, das allein ein Drittel aller Arbeitslosen umfaßt. Die produktive Erwerbslofenfürsorge wandte für Groß-Berlin 105 Millionen Mark zu Zuschüssen auf, daneben bisher etwa 10 Millionen Mark als Beihilfe zur Renovierung alter Wohnräume. Die Abwanderung der Erwerbslosen aus Berlin wird besonders erschwert durch den passiven Widerstand der übrigen Landerteile, Berliner Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft aufzunehmen. Die Gewerkschaftsvertreter forderten daher mit aller Zuneigung die Vereinstellung erheblicher öffentlicher Mittel zur Durchführung wirklich großzügiger Notstandsarbeiten, wo Berliner Finanzkraft nicht ausreicht. Die Regierungsvertreter müßten die Notwendigkeit durchgreifender Hilfe anerkennen. Zur Ueberwindung des lähmenden Instanzenwegs sollte eine mit starken Befugnissen ausgestattete kleine Kommission unter Einschluß der Gewerkschaften diese Aufgabe betreiben. Die Fortführung des Baues der Nord-Süd-Bahn muß schleunigst erfolgen, wobei das Reich nötigenfalls Mittel zur Verfügung stellen muß. In den nächsten Tagen finden weitere Verhandlungen in der Regierung und im Reichstag, wie auch mit den Berufsvertretungen und Gewerkschaften statt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Von Dr. Alfred Striemer.

Ausland.

In den Vereinigten Staaten ist ein neues Notstands-tarifgesetz am 27. Mai in Kraft getreten, das neue Schutzzölle auf Einfuhrwaren erhebt und sich erheblich gegen Deutschland richtet. In den amerikanischen Automobilfabriken wird seit März mit Hochdruck gearbeitet, so daß dieses Jahr ein Rekordjahr werden wird. Auch auf dem europäischen Markt haben sich die amerikanischen Wagen behaupten können. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten vom April ist weiter überschritten. Die Großhandelspreise sind in den letzten 13 Monaten um 37 v. H. gefallen, stehen aber noch 82 v. H. über Friedenspreis. Die Ausfuhr im Mai hat eine erhebliche Abnahme erfahren.

Die Schweiz geht zum Hochschulzollsystem über. Wie außerordentlich schwer die deutsche Ausfuhr betroffen wird, zeigen folgende Sätze: Nähmaschinen von 8 auf 30, Buchdruckmaschinen von 2 auf 20, Werkzeuge von 250 v. H. erhöht, Automobile von 40 auf 250, chirurgische Apparate von 16 auf 60, photographische Apparate von 20 auf 100, elektrische Apparate 8 auf 40, Musikinstrumente um 200 bis 300 v. H., Pflanzenalkaloide von 10 auf 100, andere pharmazeutische und kosmetische Artikel von 45 auf 100, Kurzwaren von 30 auf 120. In Rücksicht auf die kritische Lage der Eidreindustrie in der Schweiz ist das Moratorium (Zahlungsverpflichtungsaufschub) verlängert worden. Auch in der Holzindustrie ist große Arbeitslosigkeit.

verbreitet ist. Mittels der leicht und überall anzustellenden, gänzlich gefahrlosen und die Gesundheit des einzelnen nie störenden Tuberkulinreaktion ist es möglich, fast lüdenlos ein Bild sich zu verschaffen, wie die Tuberkulose vom ersten Lebensjahr ab zunimmt, welche Beziehung besteht zwischen Infektion und Krankheit, wann die Tuberkulose am gefährlichsten ist, alles Fragen, die bei der Bekämpfung dieser Volkskrankheit von großem Wert sind.

Proletarisches Künstlertum.

Niedrig geartet war der Erdenball vor Jahrmillionen. Die elementaren Kräfte der Natur herrschten allein, und allerhöchster Art waren die lebendigen Wesen. Im Beginn des Werbens war der Mensch.

Und wenn unsere Welt von heute auch wahrhaftig nicht die Vollendung bedeutet: wieviel Sehnen und Liebessollen trägt jeder von uns in seinem Herzen! Wie möchten wir glücklich sehen alle Welt!

Welch ein Aufstieg, welch eine Entwicklung! Aus dem Rohstein wurde das Paradies, aus dem Brutalsten das Edelste. Gei st und Seele sind die Blüten der Entwicklung.

Wie eine Künstlerin wirkte die Natur künstlerisch bildend. Und den Menschen machte sie zum Organ ihrer ewigen Idee, zum bewußten Schöpfer von Neuem. Weiter hinauf im Sinne des Geistes zur Seelenharmonie! Das ist unser Künstlertum.

Die Menschheit sollen wir hinaufführen zur Seelenschönheit. Seelenadel soll das Sein erfüllen. Nimmer aber ist solche Welt möglich, ohne daß der Kapitalismus niedergerungen. Die gewerkschaftlichen Verbände sind darum die Werkzeuge unseres Künstlertums. Durch sie bilden wir die neue Welt der Seelenschönheit.

Und wie der Künstlergeist an seinen eigenen Werken zu immer höherem Schaffen emporringt, so wachsen wir in diesem Schöpfer-tum. Und das ist die edelste Selbstbildung, die sich da im Gemein-schaftstragen erprobt. So werden wir zu Menschen, die nicht sich fühlen, sondern als Glieder eines Ganzen. Und damit wächst die proletarische Einheit und jeder einzelne in ihr. Die Tat des Kampfes, die naturnotwendig in die Tiefe dringt, sie gebiert das eine Allwunder, das die vollendetste Seelenschönheit der Natur-entwicklung bedeutet.

Die französischen Spartakisten weisen eine außerordentliche Steigerung der Einlagen aus, die auf mehr als 80 Milliarden geschätzt werden. Die Aktiengesellschaft Mines de Lens bezeichnet einen raschen Fortgang der Wiederaufbauarbeiten an den zerstörten Schächten. 8 Schächte sollen dieses Jahr noch in Betrieb genommen werden und monatlich 25 000 Tonnen fördern. Die polnische Textilindustrie geht fast völlig in französische Hände über und wird vom Credit Lyonnais finanziert. Das gleiche gilt für die rumänische Metallindustrie, besonders für die Gesellschaft „Kulfan“.

In Italien dürfen voran bei Privatunternehmungen Wertpapiere (Aktien, Anteilscheine) nur auf den Namen lautend ausgegeben werden. Die vorhandenen Inhaberpapiere können in sechs Monaten umgewandelt werden. Das hat den großen Vorteil, daß jedes Unternehmen stets weiß, in wessen Händen die Anteile sind, andererseits die steuerliche Erfassung der Gewinne völlig gesichert ist.

In der Tschechoslowakei beschäftigt sich das Parlament mit der Aufteilung aller Großgrundbesitzer an Kleinbauern (mehr als 600 Morgen). Die Entschädigung soll nach Friedenswert erfolgen. In den letzten 2 Jahren wurden 1 200 000 Morgen an Kleinpächter vergeben. In den nächsten 3 Jahren sollen 313 Großgrundbesitzer von 2 Millionen Morgen aufgeteilt werden. Hauptächlich sollen tschechische Legionäre das Land erhalten, unter denen allerdings sehr viel Städter sind, so daß es sehr fraglich ist, ob der Bodenzertrag nicht sehr stark zurückgehen wird. Die Aufteilung hat starken deutschfeindlichen Charakter.

Die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) hat mit der Sowjetregierung eine Transportgesellschaft gegründet, die das Monopol erhält, die Seetransporte nach Rußland zu vergeben. Der Vorstand besteht aus einem Vertreter der Hapag und der Sowjetregierung. Sowohl in der Einfuhr als in der Ausfuhr stand der Handel mit Deutschland in Rußland an erster Stelle mit 532 und 453 Millionen Rubel. Rußlands Beziehungen zu Estland sind in wirtschaftlicher Beziehung wieder geregelt, ein bedeutender Handelsverkehr (Durchgangshandel) über Reval und Marva ist im Gange, ja Reval kann bereits den Verkehr kaum bewältigen. Eine neue Eisenbahn — Reval—Moskau — ist im Bau. Englische Werften werden in Reval gebaut, amerikanische Banken errichten dort Niederlassungen. Dagegen kommt der lettisch-russische Handel wenig in Schöpfung. Zur Zeit treffen in Lettland größere Mengen russischen Flachses und Holzes zum Verkauf ins Ausland ein.

In Liverpool tagte ein Weltkongreß der Baumwollinteressenten, auf dem sich amerikanische Baumwollpflanzer und englische Baumwollverarbeiter über die wichtigsten Fragen aussprachen.

Deutschland. Die Arbeitsmarktberichte der Landesarbeitsämter zeigen, daß der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften trotz aller Bemühungen nicht gedeckt werden kann. Ebenso kann die Nachfrage nach Maurern, Zimmerern, Malern, Anstreichern bei den meisten Landesarbeitsämtern nicht gedeckt werden, woraus zu schließen ist, daß in der Provinz und auf dem Lande eine lebhaftere Bautätigkeit besteht.

Die preussischen Bergverwaltungen haben für 1919 ihren Abschluß vorgelegt. Der Uberschuß beträgt als Gesamtergebnis 110 1/2 Millionen Mark. Davon erzielten die westfälischen Steinkohlenwerke nur 16 Millionen Mark, die staatlichen Erzbergwerke 40 Millionen Mark. Wenn man berücksichtigt, daß die staatlichen Werke ganz anders bilanzieren können als Privatunternehmungen in bezug auf die Rücklagen, weil sie ihren Bedarf für Bauten usw. im Etat jeweils anfordern, muß das Ergebnis als wenig befriedigend angesehen werden.

Die Lebensversicherungsgeellschaften weisen im Jahre 1920 einen bedeutenden Geschäftszuwachs aus. Im besonderen hat sich das Leibrentengeschäft sehr gehoben. Die Unterbringung der Gelder macht Schwierigkeiten, da der Hypothekendarf sehr gering ist. Deshalb kaufen die Gesellschaften hauptsächlich Kommunalanleihen.

Kreuzen hat jetzt nur noch 739 Domänen mit 1070 Vornormen und 300 000 Hektar Grundfläche (nutzbare). Die Einnahmen belaufen sich auf 25 Millionen Mark. Aus der Nachschußordnung ergeben sich für die Domänen und Weingüter Einnahmen von 10 Millionen Mark.

Die Neuordnung der Getreidewirtschaft, die die Anwendung eines Umlageverfahrens vorsieht, das 3 Millionen Tonnen Brotgetreide erfassen soll, wird vom Minister Hermes mit der Begründung vertreten, daß der Fleischkonsum zwar nach Belieben eingeschränkt werden könne, aber nicht der Brotkonsum.

In den Etat des Arbeitsministeriums wurden für die Erwerbslosenfürsorge weitere 200 Millionen Mark eingestellt, so daß die Gesamtausgaben im Etatsjahr 1921 für diese Zwecke sich auf 1200 Millionen belaufen.

Der Nachtragsetat erfordert 18 Milliarden. Einschließlich der Reparationsleistungen ist ein Jahresbedarf von 106 Milliarden zu decken.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, das Spitzenkreditinstitut für die Genossenschaften schließt das Geschäftsjahr 1920 mit dem gleichen Reingewinn wie im Vorjahr, 5 Millionen Mark. Der Bericht weist darauf hin, daß eine Erhöhung der Geschäftsanteile bei Genossenschaften notwendig ist, da der gelbliche Unterbau infolge der Geldentwertung zu schmal geworden ist.

Unter den Bankabschlüssen überragt der der Deutschen Bank, die statt 12 jetzt 18 v. H. Dividende ausschütten kann. Im Jahre 1920 hat sie 5 Banken der Provinz aufgenommen und außerdem zahlreiche Filialen errichtet. Der Umsatz von 1281 Milliarden ist ein verdreifachter Umsatz gegenüber dem Vorjahr. Die fremden Gelder, die der Bank zur Verfügung gestellt sind, betragen 22 Milliarden Mark. Das Vermögen der Bank, das ausgewiesen wird, d. h. Aktientapital und offene Reserven, beträgt 850 Millionen Mark.

Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank weist eindringlich darauf hin, daß der Kampf gegen die Ueberfremdung dringend nötig ist und die Weiter unserer Unternehmungen das höchste Maß von Verantwortlichkeitsgefühl zeigen müssen. Das Kapital der deutschen Aktiengesellschaften beträgt etwa 35 Milliarden Mark. Der Durchschnittspreis der deutschen Großhandelspreise gegenüber 1913 etwa das 15 1/2 fache, unsere Ausfuhr dem Gewicht nach etwa 1/4 der von 1913.

Die Kosten für die Erhaltung der Reichsmehr belaufen sich auf 2 1/2 Milliarden Mark. Die Höhe der Pensionen und Versorgungsansprüche infolge des Krieges betragen für 1921 7 1/2 Milliarden. Dazu treten für die früheren Kriege noch 570 Millionen Mark.

Die Papiergeldvermehrung schreitet rüstig fort, immer neue Milliarden Zettel kommen in Umlauf und stärker und stärker wird der Andrang des Publikums an die Börse, um mit dem Papiergeld Aktien zu kaufen, deren Kurse ständig weiter in die Höhe gehen. Die Spielwut wütet geradezu, und die Banken erfinden in der Arbeit. Die Kapitalvermehrungen der Gesellschaften schaffen denen, die die Bezugsrechte auf neue Aktien ausüben können, müßlos Gewinne, ebenso die Fusionen und Fusionspläne. Dabei verschlechtert sich der Kurs der deutschen Mark. Wann wird der Tag der Ernüchterung kommen? Noch schmelzen die Kapitalisten in den kühnsten Spekulationsträumen.

Zum alleinigen Maße unserer Goldleistung an die Entente ist der Dollar bestimmt worden. Durch die Anschaffung von Dollarbeiseln und Dollarchecks zur Bezahlung der Rate ist der Dollar Kurs gestiegen. Andererseits scheint die Regierung deutsche Marknoten im Ausland verkaufen zu haben. Hieraus erklärt sich wohl das Sinken des deutschen Markkurses.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, dem 132 Fachverbände angeschlossen sind und dem 944 Firmen mit 550 000 Arbeitern angehören, hielt seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Im deutschen Maschinenbau werden 700 000 Arbeiter beschäftigt, die allein 1920 für 6 Milliarden Mark Ausfuhrwaren erzeugt haben. Eine Krise im Maschinenbau wäre daher für die Volkswirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Von Vorfisig erklärte, daß man ungelernete Arbeiter nicht in den Maschinenbau bringen, sondern der Arbeitslosigkeit durch Ausfuhr von Wauten steuern solle.

Der Eisenhandel glaubt, daß der Tiefstand der Preise infolge der zu erwartenden Kohlenvertheuerung und des Ausfalls der ober-schlesischen Produktion nicht von langer Dauer sein wird. Der Roheisenverband wird eine Ermäßigung der Preise für Stahl und Spiegeleisen eintreten lassen. Der Siegerländer Eisenstein-Verein hat nun doch die Verkaufspreise herabgesetzt, für Brauneisenstein 242,50 Mark, für Roßpat 241 Mark, für Roßpat auf 378,50 Mark.

Die Zahl der im Kohlenyndikat mit einer Beteiligungsziffer beteiligten Werke und Sonderberufsbetriebe Ende 1920 betrug 209 Werke. Die Stadt Düsseldorf hat für den Bau von Bureauhäusern 40 Millionen Mark bewilligt und eine besondere Bureauhausgesellschaft gegründet. Dieser Weg ist richtig und hätte schon längst eingeschritten werden sollen, da die Kosten der Bureauhäuser bei den heutigen Preisen auch ohne Zuschüsse zu verzinsen sind.

Aus den Zahlstellen.

Bunzlau. Zur Arbeitseinstellung im schlesischen Sandsteinbezirk wird uns geschrieben: Seit 1. Juli d. J. ruht in sämtlichen Betrieben der Sandsteinindustrie des Bunzlauer Bezirks die Arbeit. Veranlassung hierzu ist die Ablehnung der von der Arbeiterschaft gestellten Forderung, die seit Kriegsbeginn völlig unzureichenden Lohnsätze endlich in bescheidenem Maße der herrschenden Teuerung anzupassen. Obwohl der Tarif seit 28. Mai d. J. gekündigt und die Forderungen gestellt waren, fanden die Arbeitgeber erst Ende Juni Zeit, zu der Sache Stellung zu nehmen. Da sie, wie bisher immer, wiederum nicht gewillt waren, ihren Arbeitern eine fühlbare Lohnhöhung zu gewähren, wurde, um eine Ablehnung in schöner Form zu finden, durch die Arbeitgeber gleich der durch seine Rückständigkeit bekannte Schlichtungsausschuß Diegnitz angerufen. Damit sollte gleichzeitig verhindert werden, daß die Arbeiter einen mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen gut vertrauten Schlichtungsausschuß nicht mehr in Anspruch nehmen konnten, denn dieser würden wie im Februar dieses Jahres den Arbeitern die bescheidenen Lohnforderungen zuspochen. Die Arbeitgeber hatten sich in ihrem Vorgehen auch nicht getäuscht. Der Schlichtungsausschuß Diegnitz konnte mit Ach und Krach dazu gebracht werden, den Arbeitern eine Erhöhung von pro Stunde 30 Pf. zuzusprechen. Die Arbeitgeber wollten diese Zulage nach langem Bestimmen auch geben, damit aber den Tarif bis November dieses Jahres verlängert wissen. Erfahrungsgemäß ist der Geschäftsgang im Winter in der Sandsteinindustrie ein flauer, so daß diese Zulage in der Praxis ein Ausgleich für die Teuerung bis frühestens März 1922 sein würde, da es den Arbeitgebern im November nicht einfallen würde, für die unterdessen sicherlich eingetretenen Preissteigerungen auf den Lebensbedarf eine Lohnzulage zu geben. Die Arbeiter wären durch den flauen Geschäftsgang auch nicht in der Lage, einen fühlbaren Druck auszuüben. Angesichts der bisherigen ungenügenden Entlohnung, sowie der mit aller Bestimmtheit zu erwartenden Preissteigerungen, wie auch der großen Gesundheitsgefährlichkeit des Berufs lehnten es die Arbeiter ab, sich mit der geringen Zulage von pro Stunde 30 Pf. bis März 1922 abfinden zu lassen. Nachmals wurde den Arbeitgebern Zeit gegeben, bis Ende des Tarifablauftermins zu verhandeln. Nach alter Gewohnheit versuchten die Arbeitgeber wieder, die Sache zu verschleppen, worauf die Arbeiter in Würdigung der Lage sich nicht einlassen konnten, und die Arbeit am 1. Juli geschlossen einstellten. Wenn die Arbeitgeber in den bürgerlichen Blättern schreiben, daß hierdurch große Aufträge verlorengingen und die Industrie schwer geschädigt eventuell vollständig zum Stillstand kommen würde, so gefakten wir uns zu bemerken, daß es ja in der Hand der Arbeitgeber selber liegt, diesen Gefahren vorzubeugen, indem sie den Arbeitern ein auskömmliches Einkommen zusagen. Ständig wird von den Arbeitern Rücksichtnahme auf die Lage der Industrie gefordert, nicht einmal aber nehmen oder nehmen die Arbeitgeber auf die mißliche Lage der Arbeiter und deren Familien Rücksicht. Wir freuen uns darüber, daß, wie die Arbeitgeber in den Zeitungen angeben, jübierte Aufträge vorhanden sind, empfinden aber gerade deshalb die Ablehnung der geforderten Lohnhöhung um so mehr als Kampfanlage. Die Angabe der Arbeitgeber, daß sie sich lediglich im Interesse der Arbeiterschaft alle erdenkliche Mühe geben, Aufträge heranzuholen, ist wohl nicht ganz richtig. Darin werden wir um so mehr bestärkt, als in flauen Zeiten rückständiges Betriebe geschlossen werden, egal, was aus den Arbeitslosen wird. Unter Abwägung aller Entgehungen und Opfer, die der Arbeiterschaft in jetziger Zeit, besonders aus einem wirtschaftlichen Kampf erwachsen, hat diese den Kampf aufgenommen und wird diesen durchführen wie alle bisher geführten Kämpfe in der Steinindustrie, einig und geschlossen mit voller Ausdauer. Sache der Arbeitgeber ist es, den Arbeitern ein größeres Stück Brot zu gewähren, sowie für die zu erwartenden außerordentlich hohen Preissteigerungen einen Ausgleich zu schaffen. Dann, aber nur dann wird die Arbeiterschaft an die Arbeitsstelle gehen. Rücksicht auf die Lage der Industrie kann und wird genommen werden, wenn es nicht auf Kosten der Existenzmöglichkeit der Arbeiterfamilien geschehen braucht. Vorkünftig fordern wir Rücksicht auf die darbenenden Frauen, Kinder und Arbeiter. Zum Kampf entschlossen, zum Frieden unter Berücksichtigung des obigen bereit.

Würzburg. Am 3. Juli fand unsere Quartalsversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Röhllich die Abrechnung bekannt; als zweiter Punkt wurde über den Generalkreis debattiert anläßlich des Mordes am Landtagsabgeordneten Genossen Gareis. Bei Punkt Verschiedenes wurde der Anschluß an die Soziale Bauhütte bekanntgegeben, und soll der Vorstehende auf den 7. August eine Generalversammlung einberufen, um Beschluß fassen zu können betreffs Einlage von 1000 Mark Lokalfasengeld als Anteil. Die Kollegen der Zahlstelle Würzburg müssen da alle erscheinen, da die Sache sehr wichtig ist. Weiter kam das Verhalten zweier wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Kollegen zur Sprache. Es sind dies Anton Dematia und Kallin Keiter, beide kinderlose Kriegsgewinnler und Händler, die aber nun wieder bei Kleinrentnern den Knäuel schwingen. Dematia mußte in Heidingsfeld bei der Firma Wisling, nachdem er die Kollegen drei Tage läuschte, das Feld wieder räumen. Es wurde der Beschluß gefaßt, diese früheren Kollegen im Muschelkalksteingebiet bekanntzugeben und im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen, damit ihnen in Zukunft die Lüge erspart bleibt: „Mein Buch liegt bei der Zahlstelle Würzburg.“

Jittau. Am 26. Juni fand im alten Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung „Lohnforderung“. Es wurde einstimmig beschlossen, wiederum den Schlichtungsausschuß anzurufen, weil es die Meister nicht für nötig halten, sich mit den Steinarbeitern in Verhandlungen einzulassen (Forderung 6,70 Mark). Bei Punkt 2 wurde das Verhalten des Herrn R a u e, R.-Oberweis, scharf getadelt, der meinte, wir könnten mehr Lohn bekommen, wenn wir aus dem Verband austreten. Ein guter Wink für die Kollegen, erst recht zusammenzuhalten. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, die Versammlungsschwänzer mit 5 Mark Strafe zu bedenen. Alle zureisenden Kollegen wollen sich Jittau, Carpsowitzstraße 8, bei Kollegen Fritsch melden; zugleich machen wir auf die Sperre aufmerksam.

Löwenberg, Schles. Am 6. Juli fand eine Mitgliederversammlung in unserer Zahlstelle statt. Sie war, sage und schreibe, vom Vorsitzenden, vom Kassierer und zwei Mitgliedern besetzt. Ein seltener Fall. Vor ungefähr 10 Jahren haben die Steinarbeiterversammlungen bei uns anders ausgesehen; denn es waren damals zeitweise bis 200 Steinmehnen hier beschäftigt. Jetzt arbeiten nur noch 7 Kollegen, und zwar in der Grabsteinbranche. Bauarbeit ruht vollständig. Zur Zeit zählt unsere Zahlstelle 17 Mitglieder, wovon 10 Kollegen krank sind. So kraß sieht's wohl nirgends aus! Kein Wunder also, daß die Versammlung so schlecht besucht war. — Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Stellungnahme zum Streik, 3. Verschiedenes. Im 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung. Im 2. Punkt sprachen die Kollegen der Grabsteinbranche sich sympatisch über den Streik im Kaufach aus. Die Steinmehnen waren hier früher die Höchsten im Lohn, und jetzt stehen wir unter manchem Tagelöhner. Wir rufen den streifenden Kollegen zu: „Nur aushalten, lieber die Profession fahren lassen!“ — Im Punkt Verschiedenes wurde der schlechte Besuch der Versammlung bedauert, es konnten doch wenigstens die gesunden Kollegen erscheinen.

Sproßhöfel. Am 3. Juli fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt, die sich hauptsächlich mit der Neuwahl des Vorstandes beschäftigte. Gewählt wurden die Kollegen Anton Löb als Vorsitzender, zum Kassierer wurde Moys Lanz wiedergewählt, zum Schriftführer Hugo Knoche, als Revisoren Selbio Pa-tis und Feinrich Grote. Im Punkt Verschiedenes wurde kriti-

ziert, daß einzelne Kollegen im ganzen Jahre keine Versammlung besucht haben. Wir hoffen, in den nächsten Versammlungen auch diese Kollegen zu sehen. Da unsere Mitglieder teils in Sproßhöfel und zum Teil in Wredenscheid wohnen, wurde beschlossen, die Monatsversammlungen abwechselnd in den vorgenannten Ortschaften abzuhalten. Die nächste Versammlung findet am 30. Juli im Gasthof Wienand in Wredenscheid statt. Es war Wunsch der Kollegen, unseren Gauvertreter kennen zu lernen. Unser neuer Vorsitzender Löb mahnte zum Schluß die Kollegen, treu zur Organisation zu halten, mitzuarbeiten und die Versammlungen zu besuchen.

Oldenburg. Die am 6. Juli stattgefundene Steinarbeiterversammlung stand noch ganz unter dem Einfluß des mit Erfolg beendeten Streiks. Zusammenfassend schilderte der Vorsitzende noch einmal die verschiedenen Perioden des Kampfes. Er hob besonders hervor, daß wir den erlangten Erfolg nur einzig und allein der Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen zu verdanken haben. Auch von Unternehmerseite wurde zugegeben, daß wir einiger als sie selbst waren. Besonderen Dank gebührt aber auch den Kollegen in Geroldshausen im Muschelkalkgebiet, welche durch ihr kollegiales Verhalten, indem sie Arbeiten für Oldenburg verweigerten, uns den Kampf erleichtern und wohl auch mit verzürnen halfen. Außerdem danken wir auch an dieser Stelle den Kollegen in Bremen und Osnabrück für die gewährte finanzielle Unterstützung. Die Kollegen in den genannten Orten sind gegebenenfalls der besonderen Unterstützung durch die Oldenburger Steinarbeiter sicher. Leider fanden sich auch in unseren Reihen 2 Arbeitswillige. Die Marmor-schleifer Karl Braun und Julius Sjenbeck, die einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Kollege Schneider war leider infolge veränderter Verhältnisse gezwungen, seinen Posten als Vorsitzender niederzulegen. Die Versammlung bedauerte dies sehr, erkannte jedoch die Gründe an. Kollege Schneider hat sich die Achtung der Kollegen wie auch der Unternehmer erworben, so daß sein Scheiden aus dem Vorstand der Zahlstelle für uns ein großer Verlust ist. Bei der nun folgenden Neuwahl wurde der Kollege Robert Busz zum Vorsitzenden gewählt. Kollege Busz versprach, ebenso wie sein Vorgänger für die Zahlstelle tätig zu sein, erbat sich aber die Mitarbeit aller Kollegen. Um die durch den Lohnkampf geschwächte Lokalkasse zu stärken, wurde der Beitrag auf 5 Mark erhöht. Der vom Kassierer gegebene Kassenericht, wie auch die Abrechnung des Streikes wurden als richtig und in Ordnung befunden.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. Der „Dreimilliar-denaufrag nach Belgien“ von Granitkleinschlag, wie in Nr. 28 zu lesen war, soll eine sogenannte Zeitungsgente sein. Jedenfalls haben gewisse Kreise aus der Steinindustrie diese Notiz in die Presse lanciert zu einem ganz bestimmten Zweck, wir möchten annehmen gegen die Ausfuhrhandelsstelle.

Solnhofen. Eine neue Industrie? Hier ist zur Gewinnung von Kalk ein großes Unternehmen im Werden begriffen: die wirtschaftliche Verwertung des Solnhofener Mattenabfallmaterials. Als erstes und wertvollstes Ziel hat sich das neue wirtschaftliche Unternehmen „Kalkwerk Solnhofen“ gestellt, der Landwirtschaft, insbesondere dem kleineren und mittleren Bauernstand ein billiges und hochwertiges Düngemittel zur Verfügung zu stellen. Das Unternehmen besitzt nahezu 2 000 000 Kubikmeter gebrochenes Material, das fast kostenlos zur Verfügung steht. Anfang 1922 soll der Betrieb aufgenommen werden.

Allgemeinverbindlichkeit des R. A. D. für Grabmal-, Marmor- und Werksteinindustrie vom 16. Oktober 1920. Die bereits im Januar dieses Jahres beantragte Verbindlichkeitsklärung ist vom Reichsarbeitsministerium unterm 7. Juli d. J. ausgesprochen worden. Sie erstreckt sich rückwirkend ab 1. April d. J. über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches, nicht auf die Granitwerksteinindustrie, ferner nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Sachtarife in Geltung sind.

Gewerkschaftliches. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und der Deutsche Beamtenbund haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen zur Hilfe in Oberschlesien. Um die dafür erforderlichen gewaltigen Geld-, Kleidungs- und Lebensmittel aufbringen zu können, hat sich das Deutsche Kreuz unter seinem friedlichen Symbol mit den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier und dem Bund der Deutschen Grenzmarkenschutzverbände im Eimbernehmen mit den Reichs- und Staatsbehörden zum „Oberschlesier-Hilfswerk“ zusammengeschlossen. Da es sich bei den durch die Vorgänge in Oberschlesien Betroffenen besonders auch um Arbeiter, Angestellte und Beamte handelt, richten die genannten Verbände an alle ihre Mitglieder die dringende Bitte, das Oberschlesier-Hilfswerk nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen und besonders auch in allen Betrieben Sammlungen für das Oberschlesier-Hilfswerk vorzunehmen. Die dazu erforderlichen Flugblätter und Sammellisten stellt das Oberschlesier-Hilfswerk, Hauptgeschäftsstelle Berlin N. W. 7, Unter den Linden 78, auf Anforderung gern zur Verfügung. Die eingehenden Gelder sind auf das Konto Oberschlesier-Hilfswerk bei allen Banken und Postanstalten oder auf Postcheckkonto Berlin Nr. 112 300 einzuzahlen. Mit dem Geschäftsführenden Ausschuß des Oberschlesier-Hilfswerks haben die Verbände solche Abmachungen getroffen, die Gewähr dafür bieten, daß die einlaufenden Gelder richtig verteilt und bei ihrer Verwendung die ober-schlesischen Arbeitskameraden entsprechend ihrer Zahl und ihres Notstandes berücksichtigt werden.

Aus dem Verleumdungsrumpel der Kommunisten. Der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes Georg Schmidt macht in der Arbeiterpresse folgendes bekannt: Am 6. Juni 1921 hielten die Kommunisten in Berlin eine Landarbeiterkonferenz ab. Es wird mir nun von verschiedenen Stellen Deutschlands mitgeteilt, daß die kommunistischen Agitatoren behaupten, der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes Georg Schmidt habe in einer Versammlung in Eisleben gesagt, dem Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes käme es nicht darauf an, wenn der Verband einige tausend Mitglieder verliere, denn wir hätten unsere Taschen voll. Ferner hätte ich gesagt, wer in der Landwirtschaft streike, gehöre ins Zuchthaus. In ähnlicher und noch berberer Form werden diese Verleumdungen gegen mich verbreitet, wie mir dieser Tage von mehreren Mitgliedern mitgeteilt wurde, die derartige Verleumdungen mitangehört haben. Ich habe darauf folgendes zu erwidern: In Eisleben war ich seit der Revolution einmal, und zwar in den ersten Januar Tagen 1920. Weder in Eisleben noch an anderer Stelle habe ich jemals derartige Verleumdungen getan. Nur aus Verbandsinteresse halte ich es für erforderlich, diese kommunistischen Verleumdungen niedriger zu hängen. Als Person würde ich darauf gar nicht erwidern, denn Kommunisten können mich nicht beleidigen und in der Öffentlichkeit herabsetzen, was ich jenen Wurschen, wo ich mit ihnen zusammentreffe, jederzeit ins Gesicht sage, und die sich dann stumm brühen, weil ihnen sonst unsere Mitglieder eine andere Zurechnung würden zuteil werden lassen. Ich bin ferner von mehreren Stellen aufgefordert worden, gegen die Verbreiter solcher Verleumdungen klagar vorzugehen. Ich lehne es ab, mit solchen Verleumdern vor Gericht zu gehen, denn wer mich kennt, weiß, daß diese Behauptungen Lügen sind, und diejenigen, die derartige Verleumdungen glauben, denen ist auch durch ein Gerichts Urteil nicht zu helfen. Bezeichnend ist es aber für die Mut der kommunistischen Führer, die sich feige im Hintergrund halten und ihre kleinen Kläffer im Lande für sich handeln lassen, daß sie zu derartigen Verleumdungen schreiten müssen, weil die kommunistische Agitation unter den Landarbeitern in Mitteldeutschland elend Schiffbruch gelitten hat und dort, wo sie es noch versuchen werden, sind ihnen eben solche „großen Erfolge“ sicher.

Der Vorsitzende des früheren Seemannsverbandes und bisherige Leiter der Reichsaktion der Seeleute im Transportarbeiterverband Paul Müller hat seinen Austritt aus der Organisation und aus der

Sozialdemokratische Partei erklärt. Warum? Die Reaktion schwärmt bekanntlich für die frühere schwarz-weiße Fahne, die am Seebesitzer beteiligten Kreise ebenfalls. Die Farben der Republik schwarz-rot-gold existieren nicht für sie. Ende Juni hat der Reichstag dagegen Stellung genommen und die beantragte Weiterführung der alten Fahne im Seebesitzer selbstverständlich abgelehnt. An und für sich keine weltbewegende Angelegenheit. Müller hat in dieser Sache eine recht unbegreifliche Stellung in der Öffentlichkeit eingenommen, und als im Vorstand des Transportarbeiterverbandes ihm eine Krüge erteilt wurde, erfolgte sein Austritt. Es gibt doch noch Gemütsmenschen. Für die Arbeiterbewegung ist es sicher kein Schaden, wenn wegen solcher Bagatelle der Seemann Paul Müller sich über Bord spülen läßt.

Soziales Produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Reichstag beschloß am 2. Juni: „Die langfristig Erwerbslosen sind bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen. Insbesondere wird der Zuschuß, der für die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt wird, bei langfristig Erwerbslosen höher zu bemessen sein, als bei anderen Erwerbslosen...“ Zur Ausführung dieser Entschliebung sagt der Reichsarbeitsminister im Rundschreiben vom 8. Juni (III. C. 6719/21) u. a.: „Es entspricht durchaus den Absichten der produktiven Erwerbslosenfürsorge, daß sie vor allem den langfristig Erwerbslosen zugute kommt, die von den wirtschaftlichen und sittlichen Schäden der Erwerbslosigkeit am schwersten getroffen werden. Zugleich werden um dieser Schäden willen in der Regel die langfristig Erwerbslosen — es ist hier an Erwerbslose zu denken, die 26 Wochen und mehr unterstützt werden — minder leistungsfähig sein als andere Erwerbslose, so daß ihre Verwendung das Verhältnis zwischen den aufgewendeten Kosten und dem Arbeitsergebnis ungünstig gestaltet. Dieser Tatsache soll durch einen höheren Förderungsbetrag Rechnung getragen werden. — Die bevorzugte Beschäftigung langfristig Erwerbsloser ist des weiteren aber auch sozialpolitisch so bedeutsam, daß die Ansprüche an den wirtschaftlichen Wert der einzelnen Maßnahmen einigermaßen eingeschränkt werden können. Man wird also in Gegenden mit besonders hoher und langandauernder Erwerbslosigkeit Maßnahmen, die gerade den langfristig Erwerbslosen zugute kommen, auch dann fördern können, wenn sie von geringerem produktiven Wert sind.“

Baufostenzuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Nach einer stark verbreiteten Auffassung sind die Bauostenzuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Bedingung geknüpft, daß die in Frage kommenden Bauten am 1. Oktober d. J. bezugsfertig sein müssen. Diese Auffassung hält zum Teil Bauarbeiter, die zur Zeit in anderen Berufen arbeiten, ab, zur Bauarbeit zurückzukehren, aus der Befürchtung, daß ihnen im Baugewerbe angebotene Arbeit nur bis zum Oktober dauern würde. Andererseits ziehen angeblich Unternehmungen, die mit der Erstellung von bezugsfertigen Wohnungsbauten beschäftigt sind, um sich die an den frühen Termin gebundenen Zuschüsse nicht entgehen zu lassen, sogar ausländische Arbeiter heran. In einer Rundschreiben an den ADGW. macht das Reichsamt für Arbeitsvermittlung aufmerksam, daß die gehegten Befürchtungen irrig sind. Die Bauostenzuschüsse werden auch über den 1. Oktober d. J. hinaus gewährt, zur Zeit teilweise bereits bis zum 1. April 1922.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss machte am 1. Juli Arbeitsminister Drauns folgende Ausführungen: „Trotzdem die Gesamtziffer zurückgegangen ist und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich etwas günstiger zeigt, bleibt die Not der Erwerbslosen drückend. Der Entwertungs des Geldes, den Preissteigerungen, beides nicht zuletzt mit hervorgerufen durch die Reparationspflichten, muß bei der Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung Rechnung getragen werden. Das Ministerium glaubt, dies erreichen zu können, indem Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge als Zinszahlungen für größere Darlehen benutzt werden. So können wir größere Summen aufbringen. In den kommenden Tagen werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammentreten, um Maßnahmen zu beraten, durch die Arbeit beschafft werden kann. Die Erhöhung der Unterstützungssätze im einzelnen wird vom Arbeitsministerium im Einvernehmen mit dem Ausschuss geregelt werden. Bis jetzt sind monatlich 120 Millionen Mark verausgabt worden. Diese Summe wird erhöht auf 150 Millionen Mark monatlich. Es ist das eine Steigerung um 20 bis 25 Prozent. Den Deuerungsverhältnissen der einzelnen Gegenden entsprechend kann eine Differenzierung eintreten. Den Kurzarbeitern wollen wir dadurch entgegenkommen, daß statt bisher 60 Prozent des Lohnes nur 50 Prozent angerechnet werden. Die Differenz zwischen den 50 Prozent und den erhöhten Unterstützungssätzen wird den Kopfarbeitern ausgezahlt. Wir glauben durch die Bereitstellung der Mittel zur Arbeitsbeschaffung die Zahl der Erwerbslosen herabzusetzen, und durch die Erhöhung dieser Sätze der kommenden Geldentwertung Rechnung zu tragen. Eine Spanne zwischen Löhnen und Unterstützungssätzen muß bleiben. Wir haben aber auch die Pflicht, den Erwerbslosen mindestens das tägliche Brot sicherzustellen.“

Von deutschnationaler und deutschvolksparteilicher Seite erhob sich der übliche Widerspruch. Vor allem war es der unvermeidliche deutschnationale Hammer, der jammerte, die Sätze wären so hoch, daß keiner mehr Arbeit annehmen würde. Diese Mittel wären völlig unproduktive Ausgaben. Wenn gesagt würde, man verdanke die jetzige schwere Wirtschaftslage dem kapitalistischen System, so sei doch darauf hinzuweisen, daß dies System sich nicht auswirken könne, weil ihm zu viel Fesseln angelegt seien — er erinnere nur an den Achtstundentag. Nachdem unsere Genossen den reaktionären Schwärmern in der nötigen Weise geantwortet hatten, wurden die Vorschläge des Ministers gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Die Arbeit der Schwerbeschädigten. In einem dem Deutschen Industrie- und Handelsstages auf Grund von Erhebungen erstatteten Gutachten hat die Handelskammer Berlin kürzlich ein sehr günstiges Urteil über die Bewahrung der Schwerbeschädigten in Handel und Industrie abgegeben. Es heißt da unter anderem: „Die Erfahrungen, die in dem Bezirke der Handelskammer bisher mit den Leistungen und der Arbeitsfreudigkeit der Schwerbeschädigten gemacht wurden, sind als befriedigend zu bezeichnen. Von mehreren Seiten wurde hervorgehoben, daß sich die Mehrzahl der Schwerbeschädigten redlich bemüht, den übertragenen Posten nach Möglichkeit auszufüllen, und daß die Arbeitsleistung an sich dazu viel beiträgt, den Schwerbeschädigten über das Los hinwegzuhelfen. Eine Umfrage in einem Großbetriebe ergab bei 92 eingestellten Schwerbeschädigten 86 gute und nur 6 schlechte Auskünfte. Die Handelskammer kann sich daher einer Stellungnahme gegen die Einstellungsspflicht Schwerbeschädigter nicht anschließen.“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Für die Zahlstellenverwaltungen. Wiederholt werden vom Vorstand Zeitungstaschen und Futterale für Mitgliedsbücher verlangt, die jedoch infolge der hohen Preise vom Vorstand nicht geliefert werden können. Unser bisheriger Lieferant: Merkel & Co., Meissen, Gieschberger Straße 41, ist dagegen bereit, den Zahlstellen bei ihrem Bedarf entgegenzukommen. Er führt Zeitungs-Segelstaschen in grau und schwarz 36 x 25 x 10; Preis 24,50 Mark und 26,50 Mark. Zeitungstaschen aus Leder kosten 71 Mark pro Stück. Außerdem können Doppelstaschen in verschiedener Ausführung, die zugleich als Brieftasche und Mitgliedsbuchtasche zu benutzen sind, bezogen werden. Den Zahlstellenverwaltungen ist zu raten, sich direkt an die genannte Adresse zu wenden.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Geppenheim a. Bergstr. Der Schmied Josef Stod, geb. 10. Nov. 1866 in Friedensfels, ist von hier abgereist und hat sein Mitgliedsbuch liegen gelassen. Fridolin Moosmüller, Kassierer. Pöckel. Die Kollegen aus den Orten Ludolstadt und Saalfeld haben sich der Zahlstelle Pöckel angeschlossen. 5. Gau. Alle Mitteilungen, für die Gauleitung bestimmt, sind borsünftig nach Rayen zu richten. Adresse: Jakob Braun, Wittende 20.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 2. bis 9. Juli 1921.
Adlersleben 188,85, Anspach i. L. 45,90, Königshain 1400,—, Kronach 436,70, Landeb 500,—, Maulbronn 1000,—, Neustift 989,50, Wirsberg 925,40, Heutingen 77,—, Kerleberg 41,—, Gäßlicht (M. B. u. Sp. B.) 270,—, Belgard 16,—, Verberzdorf 752,80, Dielefeld 476,80, Bühlberg 1657,10, Crailsheim 31,50, Geier 491,—, Langenfalza 1841,80, Mannheim 1210,50, München 4476,40, Penig 1008,40, Pöckel 225,10, Schreiberhau 308,50, Solnhofen 1544,40, Würzburg 1420,50, Culmbach 9,—, Markneunirchen 42,—, Gemthin 35,—, Wasserburg 20,—, Brünn 19,50, Preßdorf 13,—, Neumarkt, Schleif, Jnf. 10,—, Helzen Jnf. 12,—, Weidenberg 280,30, B.-Eichenbach 194,50, Weissenburg 1453,30, Wildschütz 1275,70, Viechtach 434,30, Tiefensee 425,30, Steinach 12 102,12, Rothenbach 460,50, Römheld 451,60, Langenlaimheim 4850,70, Klipphausen 598,60, Gaslach 1426,10, Hof i. B. 564,20, Vahrenth 593,05, Leipzig 2523,95, Dessau Jnf. 10,—, Saarbüden Jnf. 36,—, Zittau Jnf. 16,—, Ebersbach i. Sachf. 1508,30, Crottendorf 1297,95, Greiz 176,20, Halle 1187,90, Halberstadt 311,—, Hohenleuben 1749,05, Randersader 2502,50, Roth v. d. Rh. 1020,30, Schriesheim 1113,10, Theuma 571,10, Weblar 2115,20, Weichselburg 1034,50, Wernsdorf 166,20, Wiegandsdorf 187,30, Weidenberg 697,30, Wiesbaden 1400,—, Reinersreuth 408,90, Volkmarfen 433,90, Trossenfurt 574,10, Stuttgart 1516,50, Saafen 518,70, Sangerhausen 820,30, Speyer 416,—, Seebach 1348,40, Raumungach 670,20, Rostod 4287,50, Oberdachstetten 310,40, Niederlaim 2102,50, Mühlhausen 957,60, Landsberg 716,70, Löbungen 80,—, Hammelbach 631,10, Hamburg 2479,70, Geising 430,70, Goldberg 983,70, Frankfurt a. M. 3700,90, Eberhardtsreuth 368,06, Edartshausen 151,50, Düsseldorf 1029,20, Raffel 1171,70, Wranenburg 338,50, Breslau 4279,40, Gulin 140,—, Reichenbach i. Wgl. 62,—, Waldenburg 7,—, Schefel 51,—, Singen 70,—, Cuiingen 28,—, Dippoldiswalde 26,—, Buchholz 26,—, Amorbach 160,40, Crailsheim 1075,50, Danzig 423,20, Darmstadt 923,60, Dramburg 230,—, Derdingen 520,50, Fürstenwald 907,50, Gölzig 896,95, Hildesheim 527,70, Heidingfeld 552,40, Königshain 674,10, Rindisch 2478,10, Lüneburg 115,80, Lauterbach 3287,80, Mauer 1316,10, Neustadt 467,10, Ojshach 1564,70, Paderborn 296,70, Quentel 301,40, Schirgiswalde 384,60, Schwebenried 291,36, Schleiz 80,30, Schabed 632,70, Stabe 453,20, Tittling 1646,90, Treffurt 414,90, Worms 145,60, Waren 163,40, Würzen 3242,50, Wildemann 900,40, Tiefenreith 397,10, Schwerin 520,40, Seuffen 1201,70, Suhl 57,60, Rofsdorf 1034,10, Pirna 16 080,50, Niederlinda 2097,30, Miltenberg 445,70, Münster 319,20, Kraftsdorf 588,60, Ramenz 10 822,—, Königberg 1530,70, Jena 501,20, Gemerau 1277,85, Grimma 3303,40, Cera 819,60, Ehringsdorf 428,65, Dietsch 547,—, Bennigsen 450,90, Bürgstadt 2348,30, Wischofshausen 847,30, Braunschweig 61,80, Neubrandenburg 30,—, Weinböhla 35,60, Brome 28,—, Tangermünde 21,—, Beucha 8627,35, Alfenz 1094,40, Köln I. 563,50, Carlshafen 1511,25, Erfurt 1835,—, Grochlattengrün 1239,40, Herrenheide 1715,50, Saalburg 1210,50, Sels 638,10, See 1015,50, Schupbach 390,70, Schmiedeberg 309,70, Weithofen 443,90, Herford Jnf. 20,—, Fürth Jnf. 36,—, Werngerode Jnf. 30,—.
Denkmalsfonds A. Staupinger. Bereits quittiert 8639,80; Derdingen 20,—, Paderborn 20,—. Summa 8679,80.
Zum Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses. Brandenburg 50,—. Ludwig Geist, Kassierer.

Jeder Kollege, der in irgendeinem Ort Arbeit annehmen will, handelt in seinem eigenen Interesse; wenn er sich vorher über die örtlichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorsitzenden erkundigt! Dessen Adresse ist, wenn man will, immer schnell und leicht zu erfahren.

- Adressenänderungen.**
- 1. Gau. Lüneburg. Vorf. u. Kass.: Gustav Riechert, D. Ohlinger Straße.
 - 2. Gau. Oldenburg. Vorf.: Robert Pufca, Donnereschwee, Eschstr. 11.
 - 3. Gau. Spreitz. Vorf. u. Kass.: Paul Rößke.
 - 4. Gau. Landsberg b. Halle. Kass.: Gustav Jedermann, Bruchhaus der Reinsdorfer Steinbrüche.
 - 5. Gau. Braunschweig. Vorf. Emil Löpert, Odastr. 3.
 - 6. Gau. Rüttschenbach. Vorf.: Friedrich Ohwald.
 - 7. Gau. Neustift. Vorf.: Michael Gruber.
 - 8. Gau. Großheubach. Kass.: Jos. Umjcheid.
 - 9. Gau. Hochelshausen (Kr. Wiedensopf). Vorf. u. Kass.: Heinrich Serget.

Briefkasten.
Bürgstadt. Nein, es geht nicht als Drucksache. Also Marken kleben wie auf geschriebener Postkarte.
Ramenz. M. Das Steinmaterial ist Basalt.
Hlossenbürg. B. Die Veröffentlichung lehnen wir ab. Das scheint eine rein persönliche Sache zu sein, zu der uns andere Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.
Hermann Wendel. Neues Deutschland — Neues Europa für ein Deutschland der Demokratie und des Sozialismus. Die Broschüre liest man mit gespanntem Interesse. Der Grundgedanke des Genossen Wendel ist auf die Förderung nach deutscher Kultur und der Einigung der Arbeiterschaft gerichtet. Die Anschaffung der Broschüre, welche nur 1,50 Mark kostet, kann empfohlen werden.
Dr. Emil Kraus: „Die Bedeutung des Staatsrecht-Systems für das gegenwärtige Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der Wiedergutmachung“. Preis 2,50 Mark. Heidelberg, Unterbadische Verlagsanstalt.
Das schwarze System. Eine Abrechnung mit dem Zentrum. Bearbeitet und herausgegeben vom Soz. Parteisekretariat für Münster und das Münsterland. Verlag Buchhandlung „Volkswille“, Münster, Preis 3 Mark, bei 50 Stück 2,50 Mark. Eine empfehlenswerte Schrift für alle, die sich mit Zentrums- und christlichen Gewerkschaftlern im Tageskampf herumbalgen müssen.
Stinnes und seine 600 000 Arbeiter, von Kurt Heinig, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 2,50 Mark. Wer ist Stinnes? Wo stammt er her? Und wie gelangte er zu der Macht, die er heute besitzt? Wie war es möglich, daß bei den hohen Steuern ein Mann sich zum Multimillionär empor arbeiten konnte? Diese Fragen müssen jeden denkenden Menschen bewegen, wenn ihm aus den Zeitungen und auch im öffentlichen Leben immer und immer wieder das Wort: Stinnes entgegenklingt.
Es ist daher ein glücklicher Gedanke des Volkswirtschaftlers Kurt Heinig gewesen, den Werdegang des „Königs Stinnes“ in anschaulichen, scharfsinnigen Bildern uns vor Augen zu führen. Ueber den Rahmen der Partei und der Gewerkschaften hinaus dürfte das Buch für die weitesten Volksschichten von größtem Interesse sein.
Ultimatum! Von Otto Wels, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 1 Mark. Diese Schrift behandelt ausführlich die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Annahme und Erfüllung des Ultimatums und zur Regierungsfrage.

Die Sozialistische Gemeinde (U.S.P.) erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 Mark, vierteljährlich 6 Mark. - Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteiluchhandlungen.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch all Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1,50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; kann jedoch bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft koste 1,50 Mark.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. I. Band, Geschichte der Entstehung und ersten Arbeiterperiode der deutschen Republik. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis künstlerisch ausgestattet kart. 15 Mark, Halbleinen 20 Mark.

Die deutsche Revolution hat in Eduard Bernstein ihren ersten sozialistischen Geschichtsschreiber gefunden. Die Vorgänge der schicksalvollen Zeit, die mit dem 9. November 1918 ihren Anfang nahm, sind zwar für jeden Zeitgenossen ein Stück persönlicher Erlebens, aber sie sind in ihrer Gesamtheit erst durch die Hand Bernsteins zu einem Ganzen geformt worden. Zwar liegen aus jenen Tagen zusammenfassende Beschreibungen der Entstehung der Revolution, Erinnerungen bestimmter Personen vor, die an den Ereignissen tätigen Anteil nahmen, aber Bernstein ist der erste, der den Versuch unternimmt, an Stelle des Legendenkreises, der sich bereits um die Geburt der deutschen Republik gewoben hat, die historische Wahrheit zu legen.

Der kollektive Arbeitsvertrag in Deutschland, Einführung in die neuere Entwicklung des Tarifvertragswesens von Richard Seidel, 88 Seiten. Preis 3,75 M. Verlag: Allgemeiner freier Angestelltenbund, Berlin NW 52, Werffstraße 7.

Der Volksverband der Bäckerfreunde, Berlin W 50, Kanefstr. 34, hat jeben für seine Mitglieder als dritten Band seiner zweiten Jahressreihe Gottfried Kellers „Leute von Seidewitz“ herausgebracht. Der Band ist auf halbfreiem Werkdruckpapier gedruckt, in Halbleinen gebunden und stellt zum Preise von 12,80 M. eine anerkannt wertvolle Leistung des Verbandes dar. — Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Sagen und Verzeichnis der bereits erschienenen 32 Bände sind vom Volksverband der Bäckerfreunde (Wegweiser-Verlag G. m. b. H.), Berlin W 50, Kanefstr. 34, kostenlos zu beziehen.

Dr. Siegfried Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung. Dritter Band (VIII und 422 Seiten) broschiert M. 30,—, in Halbleinen gebunden M. 36,—. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Jnh. Franz Mittelbach) in Stuttgart.

Von Nestriepkes groß angelegtem Werke liegt nunmehr der Schlussband vor. Er behandelt die Gewerkschaftsbewegung im Ausland in folgender Gliederung: Großbritannien; — Frankreich; — Rußland, Polen, Finnland; — Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakische Republik und Ungarn; — Die skandinavischen Staaten, Holland und Belgien; — Die Schweiz, Italien, Spanien und der Balkan; — Amerika; — Australien, Afrika und Asien; — Internationaler Rückblick u. Ausblick.

Die Fortführung der Rätegehebung (Bezirkswirtschaftsräte) von E. Aufhäuser, M. d. R. Referat, gehalten auf dem 2. ordentlichen Bundestag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. Zu beziehen vom Industriearbeiterverlag G. m. b. H., Berlin NW 52, Werffstr. 7. Preis 2 M.

Anzeigen

Berlin

Montag, den 18. Juli, abends Punkt 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9

Sigung aller Betriebsräte und Obleute.
Das Erscheinen aller Betriebsräte und Obleute erwartet
Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 22. Juli, abends Punkt 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1

Bersammlung aller Branchen.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Die letzten Vorgänge im Gewerkschaftshaus bei der Demonstration der Erwerbslosen. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Entwürfe, Bildhauerarbeiten n. gegeb. Skizz., Alphabete, Grabmal- u. Kriegerchristen z. Durchpaus a. Stein od. Holz zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sießen (Hessen). Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode!

2 tüchtige Steinmetzen
für dauernde, auch Winterarbeit, sofort gesucht.
Unterkunft und Verpflegung günstig. Stundenlohn 6 Mark.
Paul Wohnlich, Uelzen i. Hann.

LEDIGER STEINMETZ
für dauernd gesucht. Kost und Logis im Hause.
V. SCHÜTZ, Bildhauer, DETTELBACH A. M.

Suche auf sofort 2-3 tücht. Steinmetzen
Stundenlohn 5,50-6,— Mark. Für Kost und Logis ist gesorgt.
Fritz Wilharm, Meerbeck b. Stadhagen.

Ein Schrifthauer,
der auch zeichnen kann, für Winter- und Sommerarbeit gesucht.
Stundenlohn 5 M. **Herm. Jagdmann, Filiale Pyritz i. Pomm.**

20 Granitsteinmetzen für Denkmals- u. Bauarbeiten
bei guten Akkordlöhnen zum sofortigen Eintritt gesucht. Wohnung mit billigem Lebensunterh. vorh.
Granitgewerkschaft Neunburg v. W. (Oberpfalz).

Tüchtiger Steinmetz
auf Thüringer Muschelfalkstein ausbilsweise auf 3-4 Wochen bei hohem Lohn und Hin- und Rückreisevergütung sofort gesucht.
Paul Briefemann, Steinmetzgeschäft, Forst (Saxig)

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuwandt werden.)
In **Seuchen** am 23. Juni der Schleifer **Leonhard Kurz**, 46 Jahre alt, Darmoperation.
In **Ruhmannsfelden** am 27. Juni der Granitsteinmetz **Johann Wullinger**, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Zinbain** am 30. Juni der Plastersteinarbeiter **Adolf Wenzelmann**, 24 Jahre alt, Grippe.
In **Dresden-Pirna** am 30. Juni der Sandsteinmetz **Ernst Wittschel**, 48 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden, hatte Lungentuberkulose.
In **Kleinrinderfeld** am 1. Juli der Hilfsarbeiter **Reinhard Michael**, 46 Jahre alt, Magenleiden.
In **Niederlaimitz** am 2. Juli der Schleifer **Michael Mühlreis**, 25 Jahre alt, Lungentzündung.
In **Hamburg** am 5. Juli der Sandsteinmetz **Alvis Knuppe**, 46 Jahre alt, Grippe.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.